

Haushaltsbudgets der Bevölkerung im Ruhestand

Hoffmann, Elke; Romeu Gordo, Laura

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hoffmann, E., & Romeu Gordo, L. (2013). *Haushaltsbudgets der Bevölkerung im Ruhestand*. (Report Altersdaten, 1/2013). Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-370282>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

report
altersdaten

Heft 1/2013

**Haushaltsbudgets der
Bevölkerung im Ruhestand**

Elke Hoffmann, Laura Romeu Gordo

Inhalt

- 3 **Einleitung**
- 6 **Struktur von Haushaltsbudgets**
- 8 **Wie viel Geld fließt in die Haushaltskasse?**
 - 8 Einkommenshöhe im Zeitvergleich
1998 – 2003 – 2008
 - 9 Haushalte mit Alterseinkommen aus
Renten und aus Pensionen im Vergleich
 - 11 Paarhaushalte und Alleinlebende in
Einpersonenhaushalten im Vergleich
 - 12 Bewertungen des Lebensstandards
- 14 **Woher kommt das Geld?**
 - 14 Einkommensquellen im Zeitvergleich
1998 – 2003 – 2008
 - 15 Haushalte mit Alterseinkommen aus
Renten und aus Pensionen im Vergleich
 - 17 Paarhaushalte und Alleinlebende in
Einpersonenhaushalten im Vergleich
- 18 **Wo bleibt das Geld?**
 - 18 Ausgaben im Zeitvergleich
1998 – 2003 – 2008
 - 19 Haushalte mit Alterseinkommen aus
Renten und aus Pensionen im Vergleich
 - 22 Paarhaushalte und Alleinlebende in
Einpersonenhaushalten im Vergleich
 - 23 Erfüllung von Bedürfnissen
 - 23 Verwendung eines fiktiven Geldbetrages
- 26 **Zusammenfassung**
- 27 **Literaturverzeichnis**
- 28 **Glossar**
- 30 **Impressum**

Einleitung

Die Frage nach der materiellen Lage älterer Menschen wird momentan vor allem im sozial und politisch brisanten Kontext von Altersarmut diskutiert, denn eine zunehmend ungleiche Verteilung der Alterseinkommen sowie ein Anstieg der Armut im Alter wegen sinkender Rentenniveaus sind zu erwarten. Öffentlich debattiert wird nicht mehr, ob etwas gegen die steigende Ungleichheit im Alter unternommen werden muss, sondern vor allem, welche politischen Weichenstellungen hierfür notwendig sind (Vogel & Motel-Klingebiel, 2013). Dabei weisen die meisten Studien gegenwärtig noch eine stabile finanzielle Situation der älteren Bevölkerung im Ruhestand nach (Bönke, Schröder, & Schulte, 2011; Brück & Peters, 2010; Goebel & Grabka, 2011; Goebel, Habich, & Krause, 2011; Noll & Weick, 2011, 2012, 2013; Trischler & Kistler, 2011). Von sinkenden Alterseinkommen werden insbesondere jene betroffen sein, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand treten (Geyer & Steiner, 2010; Simonson et al., 2012).

Die wissenschaftliche Debatte basiert auf sozialwissenschaftlichen Surveydaten wie SOEP, ASID und DEAS (siehe Glossar). Zunehmend stehen auch repräsentative Quellen der amtlichen Statistik mit hohen methodischen Ansprüchen und sensiblen Messinstrumenten für Armutsanalysen zur Verfügung (EVS, Mikrozensus, EU-SILC). Der Armutsbegriff wird hier eng an die individuelle Einkommens- und Vermögenssituation geknüpft. Unzureichende materielle Ressourcen werden als Einkommensarmut bezeichnet.

Der vorliegende Report will diese Debatte zum Anlass nehmen für eine Bestandsaufnahme der Haushaltsbudgets von Ruhestand-Haushalten. Fragen nach der Einkommensstruktur und -verteilung im Kontext mit denen nach der Verwendung des aus-

gabefähigen Einkommens stehen im Mittelpunkt der Betrachtung. Informationen über die Struktur von Haushaltsbudgets können dazu beitragen, die materielle Basis des Lebensstandards zu beschreiben und Armutsrisiken im Alter präziser zu identifizieren.

Für den vorliegenden Report werden Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) herangezogen, die einen komplexen Überblick über Einnahmen, Einkommen, Ausgaben, Ausstattung, Vermögen, Ersparnisse/Schulden und Wohnverhältnisse von privaten Haushalten in Deutschland liefern. Verwendet werden Daten, die in den Jahren 1998, 2003 und 2008 erhoben wurden (Infobox zur EVS, S. 5). Sie dienen der objektiven Beschreibung von materiellen Ressourcen und Lebenssituationen. Daten des Deutschen Alterssurveys (DEAS) der Welle 2008 berichten ergänzend, wie ältere Menschen ihren Lebensstandard bewerten und wie sie die Situation einschätzen, sich eigene Bedürfnisse erfüllen zu können (Infobox zum DEAS S. 4).

Im Fokus der Betrachtungen stehen private Haushalte, deren Mitglieder ihren Lebensunterhalt überwiegend durch eine Rente oder Pension erzielen, im weiteren Text etwas verkürzt auch als „Ruhestand-Bevölkerung“ bzw. als „Ruhestand-Haushalte“ bezeichnet. Das ist etwa ein Drittel aller an der EVS beteiligten Haushalte (Tabelle 1). Vier Fünftel davon leben im Früheren Bundesgebiet (mit durchschnittlich 1,6 Personen je Haushalt), ein Fünftel in den Neuen Bundesländern (mit durchschnittlich 1,5 Personen je Haushalt).

Der Report beginnt mit einer kurzen begrifflichen Einführung. Im danach folgenden ersten Teil wird die Frage beantwortet, wie viel Geld die Haushalte einnehmen. Der zweite Teil analysiert die Einkommensquellen, und der dritte Teil gibt Auskunft über die Verwen-

derung der Einkommen in den privaten Haushalten. In jedem der drei Teile werden betrachtet:

- die Entwicklung im Zeitraum von 1998 bis 2008 und regionale Besonderheiten in beiden Teilen Deutschlands für die Ruhestand-Haushalte insgesamt,
- Unterschiede im Haushaltsbudget von Renten- und Pensionsbeziehenden
- die spezifische Situation von Alterseinkommen Alleinlebender.

Die Erarbeitung des Reports wurde unterstützt durch die DZA-Kolleginnen Claudia Vogel, die fachlich beratend tätig war, und Stefanie Hartmann, verantwortlich für die grafischen und redaktionellen Arbeiten.

Ein besonderer Dank gilt Frau Brigitte Demant, Referatsleiterin Einkommen, Verbrauch, Lebensbedingungen und Zeitbudgets privater Haushalte im Statistischen Bundesamt, und ihrem Mitarbeiter, Herrn Hermann Bessler für die Bereitstellung der EVS-Daten, für die umfassende Fachberatung und für die kollegiale Unterstützung.

Deutscher Alterssurvey (DEAS)

Der Deutsche Alterssurvey (DEAS) ist eine bundesweit repräsentative Quer- und Längsschnittbefragung von Personen, die sich in der zweiten Lebenshälfte befinden und 40 Jahre und älter sind. Der DEAS wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. Die teilnehmenden Personen werden jeweils umfassend zu ihrer Lebenssituation befragt, unter anderem zu ihrem beruflichen Status oder ihrem Leben im Ruhestand, zu gesellschaftlicher Partizipation und nachberuflichen Aktivitäten, zu wirtschaftlicher Lage und Wohnsituation, zu familiären und sonstigen sozialen Kontakten sowie zu Gesundheit, Wohlbefinden und Lebenszielen. Die erste Befragung wurde im Jahr 1996 durchgeführt. Weitere Befragungen folgten 2002, 2008 und 2011.

Für die Analyse des Reports wurden Personen der dritten Welle (2008) ausgewählt, die in Ein- und Zwei-Personenhaushalten leben, in denen die oder der Hauptverdienende eine Rente oder eine Pension erhält. Nach dieser Auswahl beträgt die Fallzahl für die Analyse 898 Personen.

Quelle: Deutsches Zentrum für Altersfragen, 2012

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) wird alle fünf Jahre durchgeführt, die bisher letzte im Jahr 2008. Die Haushalte nehmen auf freiwilliger Basis teil. Es werden rund 60.000 private Haushalte in Deutschland befragt, darunter fast 13.000 Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Die EVS ist die größte Erhebung dieser Art innerhalb der Europäischen Union. Im früheren Bundesgebiet findet die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) seit 1962/63 statt, in den neuen Ländern und Berlin-Ost seit 1993. Die EVS ist eine Quotenstichprobe, das heißt alle Haushalte werden nach einem vorgegebenen Quotenplan ausgewählt und befragt.

Die Erhebung gliedert sich in vier Teile.

- Teil I: allgemeine Angaben wie soziodemografische und sozioökonomische Grunddaten der Haushalte und Einzelpersonen, Wohnsituation sowie die Ausstattung mit Gebrauchsgütern.
- Teil II: Fragebogen Geld- und Sachvermögen mit Angaben zum Geld- und Immobilienvermögen sowie zu Konsumentenkredit- und Hypothekenschulden der Haushalte.
- Teil III: Haushaltsbuch, in dem die teilnehmenden Haushalte drei Monate lang alle ihre Einnahmen und Ausgaben registrieren.
- Teil IV: Feinaufzeichnungsheft für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren. Jeder fünfte an der EVS beteiligte Haushalt listet jeweils einen Monat lang detailliert alle Ausgaben für Speisen und Getränke nach Mengen und Preisen auf.

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2012a

Tabelle 1: Strukturmerkmale der privaten Haushalte mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Renten und Pensionen 2008

Daten: Statistisches Bundesamt. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008.

() Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher.

	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	Anzahl in 1.000	Anteil an hochgerechneten Haushalten in %	Anzahl in 1.000	Anteil an hochgerechneten Haushalten in %
Hochgerechnete Haushalte	9.549		2.312	
darunter mit überwiegendem Lebensunterhalt aus				
Renten	8.123	85,1	2.295	99,3
Pensionen	1.426	14,9	(17)	(0,7)
Alter der Bezugsperson				
55- unter 65 Jahre	708	7,4	171	7,4
65- unter 70 Jahre	2.338	24,5	602	26,0
70- unter 80 Jahre	4.734	49,6	1.221	52,8
80 Jahre und älter	1.396	14,6	243	10,5
Haushaltstyp				
Alleinlebende Frauen	3.218	33,7	955	41,3
Alleinlebende Männer	1.298	13,6	217	9,4
Paare ohne Kinder	4.426	46,4	1.058	45,8

Struktur von Haushaltsbudgets

Der Begriff „Haushaltsbudget“ meint jenes Geld, das privaten Haushalten zur Finanzierung der Lebensführung ihrer Mitglieder zur Verfügung steht. Es ist die Bilanz zwischen ihren Einnahmen und Ausgaben, die auch verrät, aus welchen Quellen die Einnahmen kommen und wofür die Haushalte ihr Geld ausgeben (Infobox Struktur von Haushaltsbudgets, S.7).

Auf der Einnahmeseite ist zwischen *Haushaltsbruttoeinkommen*, *Haushaltsnettoeinkommen* und *ausgabefähigem Einkommen* zu unterscheiden. Je nach Hinzurechnung unterschiedlicher Einnahmequellen und nach Abzug von Steuer- und Sozialabgaben beziehen sich diese drei Einkommensarten aufeinander.

Die Ausgabenseite spiegelt die Verwendung der Geldeinkünfte für den *privaten Konsum* sowie für übrige, *nicht-konsumtive Aufwendungen* wie zum Beispiel Steuern oder Sozial- und Versicherungsbeiträge. Außerdem werden hier auch Rücklagen für Sparguthaben (*Ersparnis*) verbucht.

Die Verwendung dieser Begriffe erfolgt immer im Haushaltskontext. Wird das Haushaltseinkommen jedoch nach der Anzahl der Haushaltsmitglieder gewichtet, ergibt sich daraus das personenbezogene Äquivalenzeinkommen (siehe Glossar: Nettoäquivalenzeinkommen). Alle statistischen Kennziffern zur Bewertung der materiellen Situation, wie Armutsquoten, relative Einkommenspositionen und die S80/S20-Rate, sind auf dem Äquivalenzeinkommen basierende Berechnungen.

Struktur von Haushaltsbudgets (EVS)

Haushaltsbruttoeinkommen

Das ist die Summe aller Einnahmen der Haushaltsmitglieder aus

- selbstständiger und unselbstständiger Arbeit (einschließlich Weihnachtsgeld, 13. / 14. Monatsgehalt sowie Urlaubsgeld),
- Vermögen,
- öffentlichen und nichtöffentlichen Transferzahlungen,
- Untervermietung.

Die Erfassung der Haushaltsbruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit sowie aus öffentlichen Transferzahlungen erfolgt personenbezogen, das heißt zunächst für jedes Haushaltsmitglied einzeln. Das Einkommen aus abhängiger Beschäftigung enthält keine Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Einkünfte aus nichtöffentlichen Transferzahlungen (außer Betriebs- und Werksrenten), aus Vermietung und Verpachtung sowie aus Vermögen werden für den Haushalt insgesamt erfasst.

In die Einnahmen aus Vermögen wurde internationalen Gepflogenheiten folgend eine so genannte unterstellte Eigentüermiete eingerechnet. Hierbei wird deren Nettowert berücksichtigt. Das heißt, Aufwendungen für die Instandhaltung des selbstgenutzten Wohneigentums werden vom errechneten Eigentüermietwert abgezogen.

Haushaltsnettoeinkommen

Es ergibt sich aus dem Haushaltsbruttoeinkommen nach Abzug

- der Einkommens- und Kirchensteuer, des Solidaritätszuschlages
- aller Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung (Arbeitslosenversicherung, Gesetzliche Rentenversicherung, Gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung).

Ausgabefähiges Einkommen

(Verfügbare Einnahmen und Einkommen)

Es besteht aus dem Haushaltsnettoeinkommen zuzüglich

- aller Einnahmen aus dem Verkauf von Waren (zum Beispiel Gebrauchtwagen) und
- sonstiger Einnahmen (zum Beispiel Einnahmen aus Energiekostenrück-erstattung, aus Spesen, aus Erlösen von Leergut).

Private Konsumausgaben

Das sind Ausgaben zum Beispiel für Nahrungsmittel, Bekleidung, Wohnen, Freizeit, Bildung, Gesundheit, Verkehr.

Übrige (nicht-konsumtive) Ausgaben

Dazu zählen alle Ausgaben für nicht-konsumtive Zwecke: sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur Gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung, Versicherungsbeiträge, sonstige Übertragungen wie Geldspenden und Mitgliedsbeiträge, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenzen in den Haushaltsbüchern.

Ersparnis

Sie umfasst

- Ausgaben für die Bildung von Geld- und Sachvermögen zuzüglich der
- Ausgaben für die Tilgung von Krediten, abzüglich der
- Einnahmen aus der Auflösung von Geld- und Sachvermögen und aus Kreditaufnahmen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2012a

Wie viel Geld fließt in die Haushaltskasse?

Einkommenshöhe im Zeitvergleich 1998 – 2003 – 2008

Die Einkommenshöhe soll hier für alle drei der eingangs erwähnten Einkommensarten (Brutto-, Netto-, ausgabefähiges Einkommen) und im zeitlichen Verlauf skizziert werden, und zwar zunächst in der Darstellung von Nominalwerten, also ohne Berücksichtigung der realen Kaufkraftentwicklung. Für die Beantwortung der Frage, was sich Haushalte zu unterschiedlichen Zeitpunkten von ihrem Einkommen leisten können, werden inflationsbereinigte Realwerte verwendet. Zur Berechnung wird hier der Verbraucherpreisindex (Basisjahr 2008) herangezogen.

Das durchschnittliche monatliche *Bruttoeinkommen* der in diesem Report betrachteten Ruhestand-Haushalte betrug im Jahr 2008 im Früheren Bundesgebiet 2.752 Euro, in den Neuen Ländern 1.971 Euro (Tabelle 2). Hier von wurden im Westen 227 Euro, im Osten 163 Euro für Steuern und Sozialversicherungsbeträge abgezogen. Das sind jeweils acht Prozent des Bruttoeinkommens. Der so entstandene Betrag wird als *Haushaltsnettoeinkommen* bezeichnet. Es kann durch weitere kleinere Einnahmebeträge (zum Beispiel durch den Verkauf von Waren) aufgebessert werden und steht schließlich als *ausgabefähiges Einkommen* zur Verfügung. Gemessen am Ausgangswert, dem Bruttoeinkommen, verbleiben den Haushalten in Ost und West jeweils 93 Prozent als ausgabefähiger Betrag. Das sind im Jahr 2008 im Früheren Bundesgebiet 2.565 Euro, in den Neuen Ländern 1.831 Euro.

Nominal sind die Einkommen in den letzten zehn Jahren gestiegen: zwischen 1998 und 2003 jedoch noch deutlich stärker als zwischen 2003 und 2008. So beträgt beispielsweise der Zuwachs des Haushaltsbruttoeinkommens für die älteren Menschen in

den Neuen Ländern von 2003 zu 2008 durchschnittlich nur 46 Euro je Haushalt monatlich. Doch nicht nur die Zuwächse der Bruttoeinkommen fallen immer schmäler aus, auch die kontinuierlich anwachsenden Steuer- und Sozialversicherungsabgaben schmälern das Netto- und das ausgabefähige Einkommen. Der ausgabefähige Anteil am Bruttoeinkommen ist von knapp 95 Prozent im Jahr 1998 um etwa zwei Prozentpunkte bis zum Jahr 2008 gesunken. Das könnte ein Effekt der im Jahr 2007 einsetzenden Finanzkrise und ihrer bis heute spürbaren Folgen sein.

Noch deutlicher wird diese Entwicklung beim Blick auf die inflationsbereinigten Realeinkommen, die von einem Kaufkraftverlust von 15 Prozent gegenüber 1998 gezeichnet sind. Danach erzielten die Ruhestand-Haushalte 2008 faktisch sogar geringere Einkommen als 2003. Besonders die Haushalte in den Neuen Ländern haben an Kaufkraft verloren: Das ausgabefähige Realeinkommen sank hier um acht Prozent, in Westdeutschland um drei Prozent. Damit vergrößerte sich die Einkommensdifferenz zwischen beiden Teilen Deutschlands wieder: In den Neuen Ländern erreichten die Haushalte im Ruhestand im Jahr 1998 etwa 70 Prozent des westdeutschen Einkommensniveaus, im Jahr 2003 war der Anteil auf 75 Prozent angestiegen und sank bis 2008 auf 71 Prozent.

Die hier skizzierte Entwicklung im Zeitverlauf hatte die Gruppe der Ruhestand-Haushalte in seiner Gesamtheit im Blick. Aus der Altersforschung wissen wir, dass das Alter vielfältig und sozial differenziert ist (Motel-Klingebiel, Wurm, Huxhold, & Tesch-Römer, 2010). Dementsprechend sind die bisherigen Durchschnittswerte nur ein erster Schritt zur Beschreibung der finanziellen Situation älterer Menschen.

Im Folgenden sollen zwei Strukturmerkmale für eine differenziertere Analyse von Haushaltsbudgets herausgegriffen werden:

- zum einen die Unterscheidung der Haushalte nach der sozialen Position des Haupteinkommensbeziehers mit den Merkmalen: Pensionärin / Pensionär und Rentnerin / Rentner,
- zum anderen die Unterscheidung nach dem Haushaltstyp mit den Merkmalen: Einpersonenhaushalte und Haushalte von Paaren ohne Kinder.

Haushalte mit Alterseinkommen aus Renten und aus Pensionen im Vergleich

Die Heterogenität von Alterseinkommen wird ganz wesentlich durch die im Erwerbsleben erreichte soziale Position geprägt. Sie bestimmt Quelle und Höhe der Einkünfte. Sehr markante Differenzierungen entstehen zwischen Personen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis standen (Beziehende von Pensionen) und jenen, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren (Beziehende von Renten der Gesetzlichen Rentenversicherung, GRV). Das bele-

gen die Daten der EVS mit einem Vergleich der Einkommens- und Ausgabenstrukturen beider Gruppen. Unter den hochgerechnet zwölf Millionen Ruhestand-Haushalten (EVS 2008) beziehen 15 Prozent überwiegend eine Pension, 85 Prozent eine Rente der GRV (Tabelle 1). Pensionsbeziehende leben fast ausschließlich im Früheren Bundesgebiet, da es in der DDR keinen vergleichswisen Beamtenstatus gab und nach der Wende nur sehr restriktiv verbeamtet wurde. Aus diesem Grund sollen hier die Haushaltseinkommen von Pensionsbeziehenden im Westen sowie von Rentenbeziehenden im Osten und im Westen verglichen werden.

Es ist davon auszugehen, dass der soziale Status deutlich stärker die materielle Lage der älteren Bevölkerung prägt als regionale Differenzierungen zwischen Ost und West innerhalb der gleichen sozialen Gruppe. Sichtbar ist das zunächst an der Höhe der Haushaltseinkommen (Tabelle 3). Unterm Strich erreichen Rentnerinnen und Rentner in Westdeutschland mit ihrem bedarfsgewichteten Nettoäquivalenzeinkommen 60 Prozent vom Niveau der pensionierten Personen, jene in Ostdeutschland sogar nur

Tabelle 2: Einkommen privater Haushalte mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Renten und Pensionen 1998, 2003, 2008

Daten: Statistisches Bundesamt. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, 2003, 2008.

* Basisjahr = Verbraucherpreisindex 2008

	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder		
	1998	2003	2008	1998	2003	2008
je Haushalt und Monat in Euro						
Nominaleinkommen						
Haushaltsbruttoeinkommen	2.288	2.545	2.752	1.613	1.925	1.971
abzüglich						
Steuern	58	62	76	2	3	7
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	96	118	151	109	132	155
Haushaltsnettoeinkommen	2.134	2.365	2.525	1.503	1.789	1.808
Ausgabefähiges Einkommen	2.168	2.402	2.565	1.526	1.805	1.831
Inflationsbereinigte Realeinkommen*						
Haushaltsbruttoeinkommen	2.683	2.800	2.752	1.892	2.118	1.971
Haushaltsnettoeinkommen	2.503	2.602	2.525	1.763	1.968	1.808
Ausgabefähiges Einkommen	2.543	2.642	2.565	1.790	1.986	1.831

48 Prozent: Während den pensionierten Personen monatlich 3.172 Euro zur Verfügung stehen, müssen Rentenbeziehende im Osten mit 1.524 Euro auskommen, die Hälfte von ihnen sogar mit weniger als 1.449 Euro (Median).

Liegt das Nettoäquivalenzeinkommen unter einem gewissen Schwellenwert (hier analog europäischer Gepflogenheiten unterhalb 60 Prozent vom deutschen Median), wird von einem Armutsrisiko gesprochen. 16 Prozent der Rentnerinnen und Rentner im Früheren Bundesgebiet sind davon betroffen und 19 Prozent in den Neuen Ländern. Das sind Personen, deren monatliches Einkommen weniger als 1.063 Euro beträgt.

Noch sichtbarer sind die Unterschiede in der materiellen Lage bei der Betrachtung von Vermögenswerten (Tabelle 4). Auch hier gilt wie bisher aufgezeigt: Am schlechtesten gestellt sind die Haushalte ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner. Der Abstand zu den entsprechenden westdeutschen Haushalten ist geringer als die Differenz zwischen Haushalten westdeutscher Rentenbeziehender und westdeutscher Pensionierter.

Neben der ungleichen Verteilung der Einkommen und Vermögen zwischen den drei betrachteten Gruppen sind auch innerhalb der einzelnen sozialen Gruppen Differenzierungen messbar. Hierfür werden jeweils für Pensionierte sowie für Rentenempfangende in Ost- und in Westdeutschland die höchsten Nettoäquivalenzeinkommen (im obersten

Quartil) ins Verhältnis gesetzt zu den niedrigsten (im untersten Quintil). Dieser Wert, die so genannte S80/S20-Rate, beschreibt den relativen Abstand zwischen dem oberen und dem unteren Rand der Einkommen in der jeweiligen Gruppe. Je höher die Rate, umso größer ist dieser Abstand und damit die Ungleichheit innerhalb der jeweiligen Gruppe. Rentnerinnen und Rentner in Westdeutschland erreichten im Jahr 2008 mit 4,0 den höchsten Wert. Für Pensionierte wurde eine Rate von 3,1 gemessen, in Ostdeutschland von 2,7. Das heißt, die Varianz der Einkommen ist bei Rentenempfangenden im Westen am größten, während Alterseinkommen von Rentnerinnen und Rentnern im Osten deutlich homogener sind.

Ein Grund dafür ist, dass in der EVS-Stichprobe der Neuen Länder noch jene Rentenbezugs-Generation dominiert, die vor oder kurz nach der deutschen Vereinigung in den Ruhestand getreten ist. Fast zwei Drittel der an der EVS 2008 teilnehmenden ostdeutschen Ruhestand-Bevölkerung war 70 Jahre und älter, das heißt Anfang der 1990-er Jahre ab 55 Jahre alt (Tabelle 1). Ihre Altersbezüge basieren auf relativ einheitlichen Erwerbsbiografien mit langjähriger sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigung, auf einer hohen Erwerbsbeteiligung der Frauen sowie auf dem staatlichen Prinzip der Altersrente als Hauptform der Altersversorgung. Diese Situation wird sich mit dem Zugang der Neurentnerinnen und -rentner beachtlich ändern. Die seit der Vereinigung zunehmende Vielfalt und Diskontinuität der Erwerbsverläufe sowie

Tabelle 3: Einkommen von Personen mit Renten- und Pensionsbezügen 2008

Daten: Statistisches Bundesamt. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008.

* gewichtet nach modifizierter OECD-Skala

** Anteil der jeweiligen Mediane in Zeile 2 am Median des Nettoäquivalenzeinkommens für Deutschland (= 1.772 Euro im Jahr 2008)

	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder
	Pensionen	Renten	Renten
Nettoäquivalenzeinkommen*	3.172	1.900	1.524
Median des Nettoäquivalenzeinkommens	2.893	1.683	1.449
Relative Einkommensposition** (in %)	163,3	95,0	81,8

Tabelle 4: Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Renten und Pensionen 2008

Daten: Statistisches Bundesamt. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008.

* bezogen auf die Anzahl der hochgerechneten Haushalte

	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder
	Haushalte mit überwiegendem Lebensunterhalt aus		
	Pensionen	Renten	Renten
Durchschnittswert je Haushalt* in Euro			
Nettogeldvermögen	94.700	57.100	31.100
Gesamtschulden	15.800	7.500	2.800
Nettogesamtvermögen	245.600	143.800	53.500
Median errechnet an allen Haushalten* in Euro			
Nettogeldvermögen	45.400	17.300	16.800
Nettogesamtvermögen	170.900	44.400	23.300

prekäre Beschäftigungsverhältnisse wirken sich negativ auf zukünftige Alterseinkünfte aus. Hinzu kommen Effekte der Rentenreformen der letzten Jahre, die zu einer Absenkung des Rentenniveaus führen werden (Geyer & Steiner, 2010). Insbesondere ostdeutsche Männer um die 50 Jahre, niedrig Qualifizierte und Frauen in Ostdeutschland müssen mit geringeren Renten rechnen (Simonson et al., 2012). Es ist zu erwarten, dass die Alterseinkünfte von ostdeutschen Rentenbeziehenden zukünftig stärker variieren werden.

Paarhaushalte und Alleinlebende in Einpersonenhaushalten im Vergleich

Armutsanalysen in Deutschland betonen immer wieder das besondere Armutsrisiko älterer alleinlebender Menschen. Das soll hier anhand von Daten der EVS überprüft werden. Betrachtet wird nur die Situation von Rentenbeziehenden in Ost- und Westdeutschland nach ihrem Haushaltstyp: Jene 51 Prozent Einpersonenhaushalte und 46 Prozent Zweipersonenhaushalte (Paare ohne Kinder im Haushalt) in den Neuen Ländern sowie die 50 Prozent Einpersonenhaushalte und 44 Prozent Zweipersonenhaushalte im Früheren Bundesgebiet (Anteile an den hochgerechneten Haushalten).

Alleinlebende Personen haben die geringsten Einkommen: Im Westen erreichen Sie nur 75 Prozent des Durchschnitts aller Haushalte dieser Region, im Osten sind es 80 Prozent. Das heißt, die Einkommensposition Alleinlebender ist innerhalb Ostdeutschlands wegen der insgesamt niedrigen Einkommensverhältnisse dort ein wenig günstiger als für Alleinlebende im Westen (Tabelle 5).

Gemessen am gesamtdeutschen Niveau verbuchen die ostdeutschen alleinlebenden älteren Menschen jedoch die schlechteste Position: Ein Drittel von ihnen lebt mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 1.772 Euro (gesamtdeutscher Median). Unter den westdeutschen alleinlebenden Rentempfangenden betrifft das ein Viertel.

Entsprechend hoch sind die Armutsquoten für diese Gruppe. Das höchste Armutsrisiko wird für alleinlebende Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland gemessen: 38 Prozent erhalten weniger als 1.063 Euro monatlich. In Westdeutschland wird dieses Einkommensarmutsrisiko für 27 Prozent gemessen. Insbesondere für ältere Frauen ist das eine problematische Situation, da sie es sind, die auf Grund ihrer höheren Lebenserwartung länger allein leben als Männer. Zweipersonenhaushalte mit rentenbeziehenden Paaren ohne Kinder sind in geringerem Maße von Einkommensarmut

Tabelle 5: Einkommen von Personen mit Rentenbezügen nach Haushaltstyp 2008

Daten: Statistisches Bundesamt. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008.

* gewichtet nach modifizierter OECD-Skala

** Anteil der jeweiligen Mediane in Zeile 2 am Median des Nettoäquivalenzeinkommens für Deutschland (= 1.772 Euro im Jahr 2008)

	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder	
	Alleinlebende	Paare ohne Kinder	Alleinlebende	Paare ohne Kinder
	Haushaltstyp			
	je Haushalt und Monat in Euro			
Nettoäquivalenzeinkommen*	1.592	2.051	1.290	1.624
Median des Nettoäquivalenzeinkommens	1.380	1.807	1.204	1.538
Relative Einkommensposition** (in %)	77,9	102,0	67,9	86,8

betroffen: Im Früheren Bundesgebiet sind es elf Prozent, in den Neuen Ländern sind es neun Prozent.

Die in den Alterseinkünften von Rentenbeziehenden im Westen nachgewiesene hohe Varianz gilt unabhängig von der Haushaltsgröße. Sie betrifft sowohl Personen, die allein leben wie auch Paare im Zweipersonenhaushalt (Vergleich der Einkommenssituation anhand der S80 / S20-Rate).

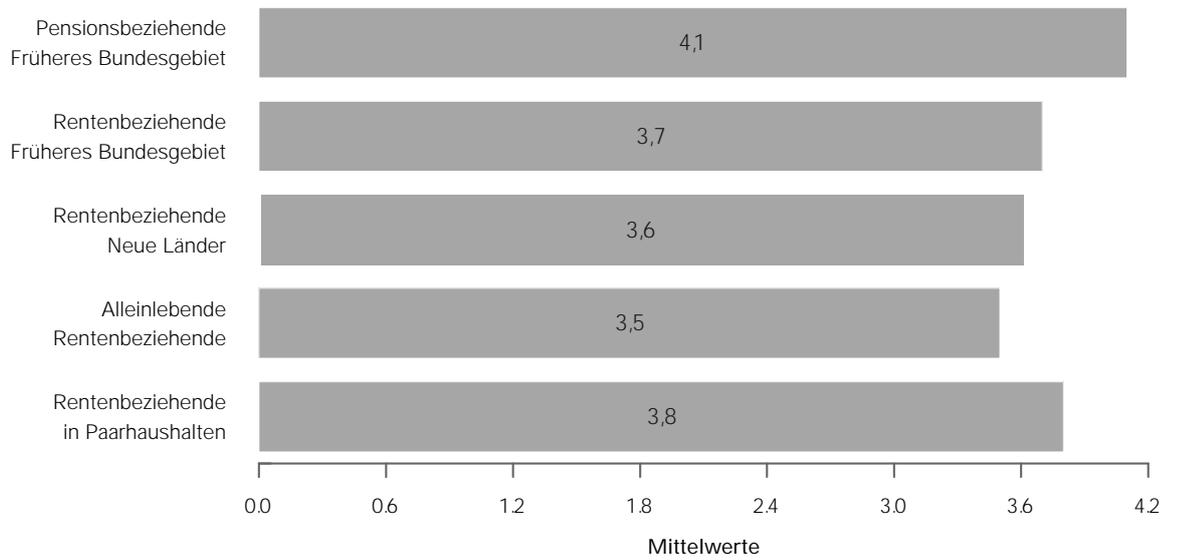
Bewertungen des Lebensstandards

Die Bewertung des eigenen Lebensstandards, wie auch die allgemeine Lebenszufriedenheit stehen in engem Zusammenhang mit den verfügbaren materiellen Ressourcen (Motel-Klingebiel et al., 2010). Das belegen Daten des Deutschen Alterssurveys. Diese bestätigen sich auch unter Bezug auf die in der EVS erfassten Haushaltsbudgets (Abbildung 1). Gute und sehr gute Einkommens- und Vermögenssituationen führen zu einer hohen Lebenszufriedenheit. Personen aus Haushalten mit überwiegend Lebensunterhalt aus Pensionen bewerten ihren Lebensstandard besser als rentenbeziehende Personen. Auch hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen erwarten sie deutlich häufiger positive Veränderungen ihrer Lebenssituation als Rentnerinnen und Rentner. Wobei die regionalen Unterschiede

in der materiellen Situation von Rentenbeziehenden auch für regionale Abstufungen in der Lebenszufriedenheit sorgen: Die in Westdeutschland lebenden Personen sind mit ihrem Lebensstandard zufriedener als die in Ostdeutschland.

Die Unterschiede der materiellen Ressourcen verschiedener Haushaltstypen spiegeln sich ebenso in der subjektiven Lebensbewertung: Alleinlebende sind weniger zufrieden als Personen, die in einem Paarhaushalt leben.

Abbildung 1: Bewertung des Lebensstandards durch die Bevölkerung im Ruhestand 2008
Daten: DEAS 2008 (n = 897), gerundete Angaben, gewichtet.
Frage: Wie bewerten Sie Ihren derzeitigen Lebensstandard?
Mittelwerte aus 5er-Skala (1=sehr schlecht, 2=schlecht, 3=mittel, 4=gut, 5=sehr gut). $p < 0.001$



Woher kommt das Geld?

Einkommensquellen im Zeitvergleich 1998 – 2003 – 2008

Die Bevölkerung im Ruhestand bezieht ihr Einkommen hauptsächlich aus öffentlichen Transferzahlungen (Abbildung 2). Im Jahr 2008 bestanden in Westdeutschland 68 Prozent und in Ostdeutschland 85 Prozent der Bruttoeinkommen aus diesen Transfers. Den größten Teil davon, und somit vom Haushaltseinkommen insgesamt, machen Renten der GRV und Pensionszahlungen aus. Hinzu kommen Sozialtransfers wie Wohngeld, Grundsicherung im Alter, Pflegegeld, Renten der Gesetzlichen Unfallversicherung, Renten der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes. Die zweitwichtigste Quelle für die Alterseinkommen sind Einnahmen aus Vermögen, gefolgt von nichtöffentlichen Trans-

ferzahlungen wie zum Beispiel Betriebsrenten, private Versicherungsleistungen und private Transfers. Einkommen aus eigener Erwerbsarbeit spielen kaum eine Rolle.

Diese Reihenfolge der vier Haupteinkommensquellen ist in beiden Teilen Deutschlands gleich. Allerdings machen die öffentlichen Transfers im Westen nur 68 Prozent aus und es kann zu einem Drittel auf weitere Einkommensquellen zurückgegriffen werden. Hier ist die Altersversorgung deutlich breiter aufgestellt als im Osten, wo die öffentlichen Transfers, und da insbesondere die Renten der GRV, die vorrangige Einkommensquelle sind. Der Anteil öffentlicher Transfers am Gesamteinkommen ist hier nahezu genauso groß wie im Westen die Summe aus öffentlichen Transfereinnahmen und Vermögen.

Abbildung 2: Quellen des Haushaltsbruttoeinkommens der Bevölkerung im Ruhestand 1998 und 2008

Daten: Statistisches Bundesamt. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 und 2008.

Außenring: Früheres Bundesgebiet (F). Innenring: Neue Länder (N).

Anteile in %. Werte im Innenkreis: Durchschnittliches monatliches Haushaltsbruttoeinkommen in Euro.

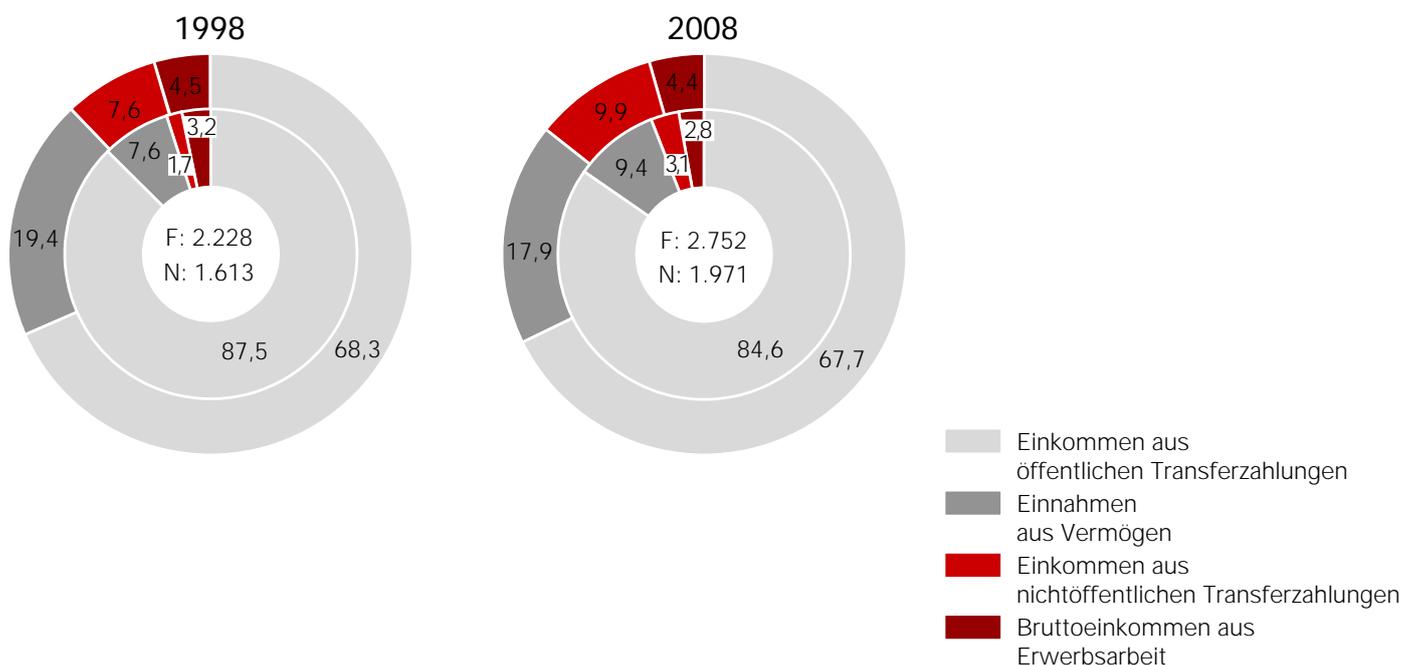
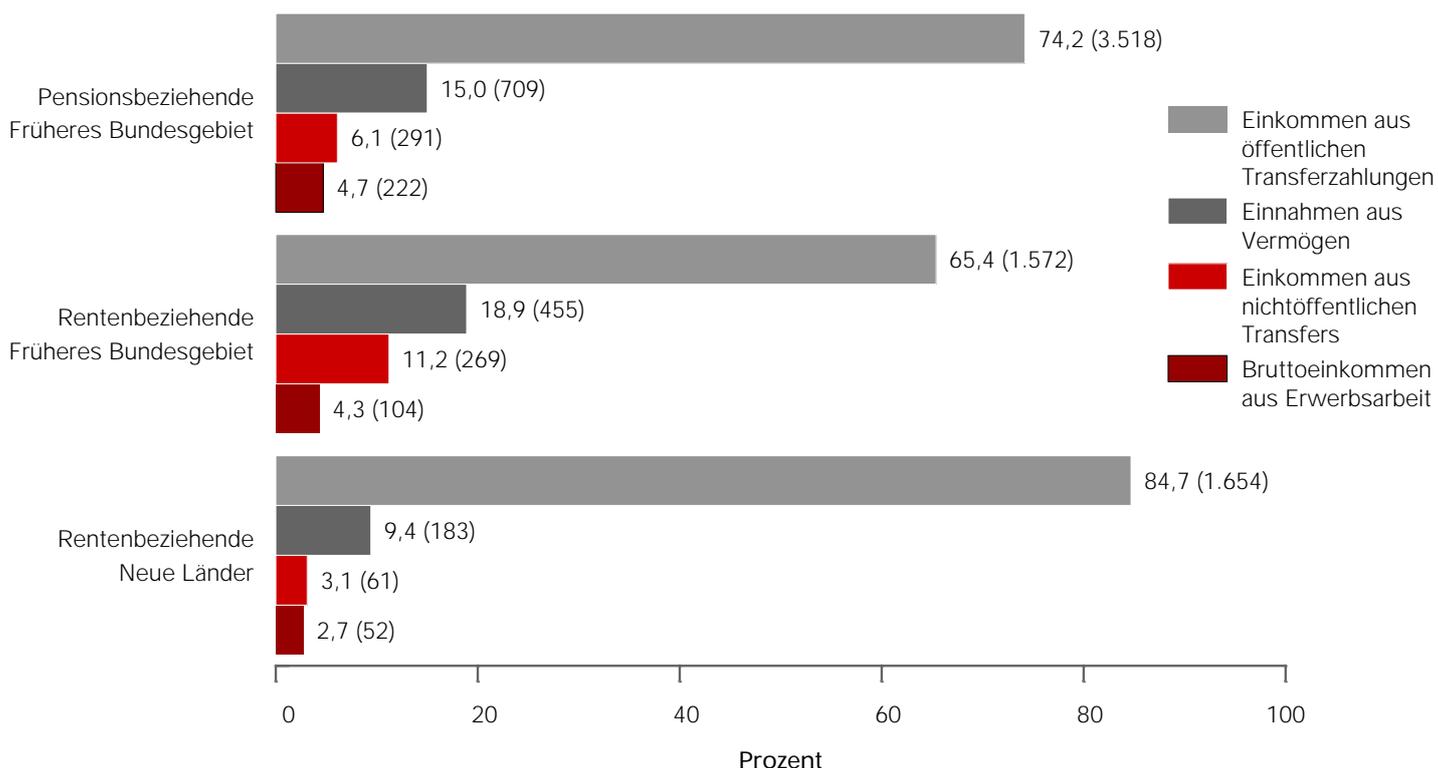


Abbildung 3: Quellen des Bruttoeinkommens privater Haushalte nach Renten- und Pensionsbezug 2008
Anteile in %. Geklammerte Werte: Einkommen/Einnahmen je Haushalt und Monat in Euro.

Daten: Statistisches Bundesamt. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008.



Im Zeitverlauf hat sich diese Einkommensstruktur nur wenig geändert. Insgesamt sind nur kleine, regional unterschiedliche Verschiebungen zwischen den Einkommensquellen zu beobachten. Im Westen ist der Zuwachs beim Anteil nichtöffentlicher Transfers um zwei Prozentpunkte schon die deutlichste Veränderung. Dahinter stehen Zuwächse bei Betriebsrenten und bei privaten Transfers. Im Osten fällt der Rückgang des Anteils aus öffentlichen Transferzahlungen um drei Prozentpunkte auf. Inwiefern sich hier eine Stärkung der betrieblichen und der privaten Altersvorsorge andeutet, kann aus diesen Daten noch nicht abgeleitet werden.

Haushalte mit Alterseinkommen aus Renten und aus Pensionen im Vergleich

Am auffälligsten ist, dass Haushalte westdeutscher Rentenbeziehender nur zu zwei Dritteln Einkommen aus öffentlichen Quellen beziehen und im Vergleich zu pensionsbeziehenden und zu ostdeutschen rentenbeziehenden Haushalten am stärksten von privater und betrieblicher Altersvorsorge profitieren.

Damit unterscheidet sich die Struktur der Einkommensquellen von rentenempfangenden Haushalten in Ost und West deutlicher als die von renten- und pensionsempfangenden Haushalten im Westen (Abbildung 3).

Werden jedoch die Erträge aus den einzelnen Einkommensquellen in die Betrachtung einbezogen, sind die Unterschiede zwischen renten- und pensionsbeziehenden Haushalten wiederum gravierender (Tabelle 6). Folgende Besonderheiten sind hervorzuheben:

- Große Differenzen in den Renten- und Pensionsbeträgen: Die Einkommen aus Pensionen sind im Durchschnitt doppelt so hoch wie die aus den Renten der GRV.
- Einkommen aus Renten der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes und aus Betriebsrenten für westdeutsche rentenbeziehende Haushalte am höchsten.
- Hoher Anteil von Leistungen aus privaten Versicherungen für pensionsbeziehende Haushalte.
- Hohe Einnahmen aus Vermögen in westdeutschen Ruhestand-Haushalten.

Insgesamt macht diese Auflistung der Haushaltsbudgets deutlich, wie stark die Alterseinkommen von Ruhestand-Haushalten der Neuen Länder von den Renten der GRV abhängig sind und Ressourcen aus betrieblicher wie aus privater Altersvorsorge kaum zur Verfügung stehen. Im Durchschnitt bestehen 81 Prozent der Haushaltsbruttoeinkommen in den Neuen Ländern aus Renten der GRV, bei rentenbeziehenden Haushalten im Früheren Bundesgebiet sind es 57 Prozent. Regionale Unterschiede sind auch in den Rentenzahlbeträgen zu finden. Trotz des an die Lohnentwicklung gekoppelten West-Ost-Gefälles im Rentenniveau werden im Osten höhere

individuelle Rentenbeträge gezahlt (Tabelle 7). Noch profitiert die Mehrheit der jetzigen ostdeutschen Ruhestand-Bevölkerung von ihren langen und kontinuierlichen Erwerbsbiografien in der DDR. Es wurde bereits darauf verwiesen, dass sich diese Situation für die Generation der Neurentnerinnen und -rentner drastisch ändern wird. Ihre Rentenansparungen basieren auf zunehmend unsteten Erwerbsverläufen seit der deutschen Vereinigung und geringen Kompensationsmöglichkeiten aus betrieblicher und privater Altersvorsorge. Die Zahlbeträge für Rentenzugänge im Jahr 2008 deuten bereits auf diese Entwicklung hin.

Tabelle 6: Einkommen privater Haushalte nach Renten- und Pensionsbezug 2008

Daten: Statistisches Bundesamt. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008.

/ Keine Angabe, da aufgrund der geringen Haushaltszahl (weniger als 25 Haushalte) der Zahlenwert nicht sicher genug ist

	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder
	Haushalte mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Pensionen Renten		Renten
	je Haushalt und Monat in Euro		
Bruttoeinkommen aus Erwerbsarbeit	222	104	52
Einnahmen aus Vermögen	709	455	183
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	3.518	1.572	1.654
darunter:			
(Brutto) Renten der GRV	381	1.371	1.586
(Brutto) Pensionen	2.729	33	/
(Brutto) Renten der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes	31	85	8
Renten der Gesetzlichen Unfallversicherung	5	10	9
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen	291	269	61
darunter:			
(Brutto) Werks- und Betriebsrenten	22	156	8
Leistungen aus privaten Versicherungen	162	18	8
Unterstützung von privaten Haushalten	81	84	39
Haushaltsbruttoeinkommen	4.741	2.403	1.952
abzüglich			
Steuern	343	29	5
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	72	165	155
Haushaltsnettoeinkommen	4.326	2.209	1.791
Median des Haushaltsnettoeinkommens	3.966	1.901	1.687
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	4.388	2.245	1.814

Tabelle 7: Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten 1998, 2003 und 2008 und für Rentenzugänge 2008

Daten: Statistik der Deutschen Rentenversicherung (Deutsche Rentenversicherung Bund, 2009a, 2009b).

	für Rentenbestand jeweils am Jahresende			für Rentenzugänge
	1998	2003	2008	2008
	in Euro je Monat			
Früheres Bundesgebiet	664	711	698	582
Neue Länder	739	816	811	635

Paarhaushalte und Alleinlebende in Einpersonenhaushalten im Vergleich

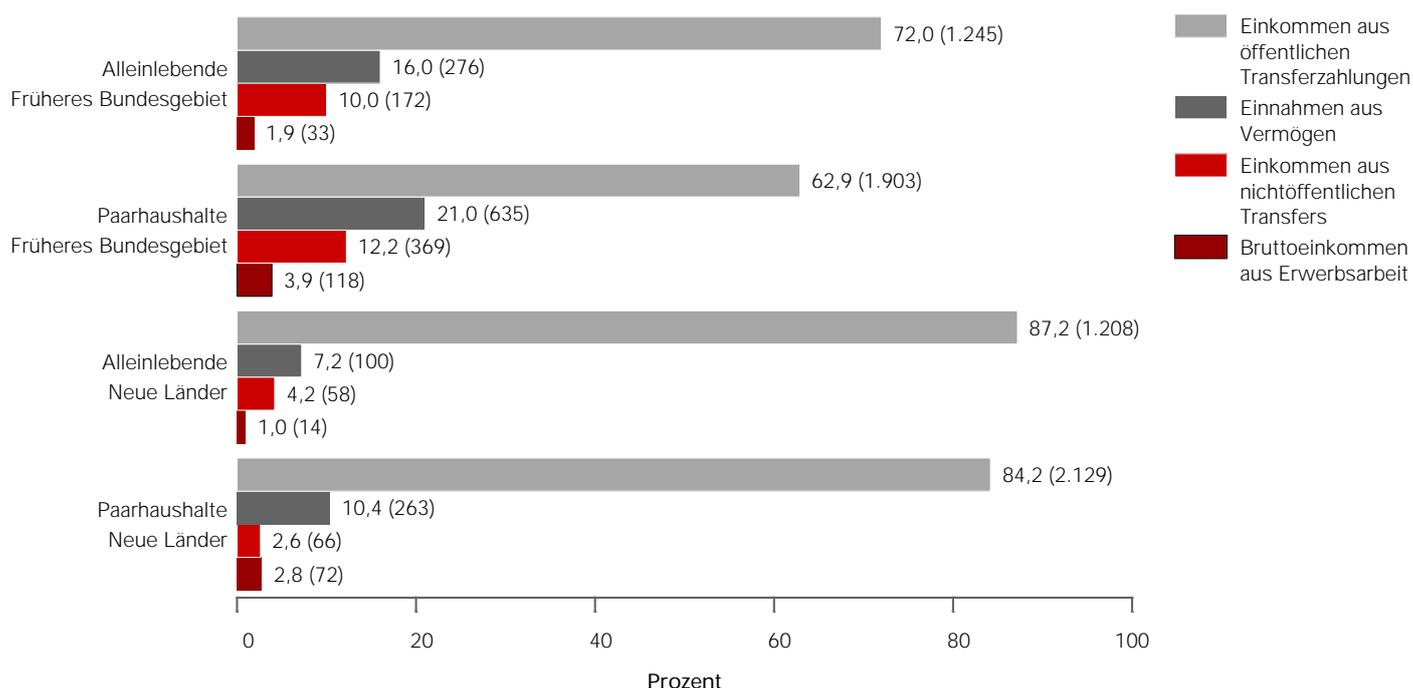
Die Situation alleinlebender älterer Menschen mit Rentenbezug ist im Vergleich zu den Paarhaushalten deutlich ungünstiger. Sie leben fast ausschließlich von öffentlichen Transfers, insbesondere von den Rentenzahlungen der GRV. Das betrifft vor allem die ostdeutschen Alleinlebenden. In Westdeutschland profitieren sie ein wenig von den insgesamt günstigeren Einkommensstrukturen der Region (Abbildung 4).

Paaren im Zweipersonenhaushalt stehen mehr Ressourcen für Alterseinkommen zur Verfügung, in erster Linie den westdeutschen Paarhaushalten. Neben den öffentlichen Transfers tragen Einnahmen aus Vermögen, Betriebsrenten und Einkommen aus der Erwerbsarbeit des Lebenspartners bzw. der Lebenspartnerin zum Haushaltseinkommen bei.

Abbildung 4: Quellen des Bruttoeinkommens privater Haushalte mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Renten nach Haushaltstyp 2008

Anteile in %. Geklammerte Werte: Einkommen/Einnahmen je Haushalt und Monat in Euro.

Daten: Statistisches Bundesamt. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008.



Wo bleibt das Geld?

Ausgaben im Zeitvergleich 1998 – 2003 – 2008

Das ausgabefähige Einkommen ist jener Betrag, der den Haushalten für ihre Lebensführung zur Verfügung steht. Er fließt in recht unterschiedlichen Anteilen in drei Bereiche: Mehr als 80 Prozent werden für den *privaten Konsum* verbraucht. Etwa zehn Prozent benötigen die Haushalte für *übrige, nicht-konsumtive Ausgaben* wie KFZ- und sonstige Steuern, Geldspenden, Versicherungs- und Mitgliedsbeiträge oder Zinsen für Baudarlehen und Konsumentenkredite. Knapp drei Prozent werden für die *Bildung von Sach- und Geldvermögen gespart* (Tabelle 8).

In der Zeit zwischen 1998 und 2008 gab die Ruhestand-Bevölkerung steigende *Beträge für konsumtive Zwecke* aus. Schaut man auf die Anteile der Konsumausgaben am ausgabefähigen Einkommen insgesamt (Konsumquote), zeigt sich folgendes Bild: Bis 2003 wird der konsumtive Ausgabensektor etwas

kleiner, danach wächst er wieder an und ist trotz sinkender Realeinkommen in 2008 nur geringfügig niedriger als zehn Jahre zuvor.

Die *Beträge für übrige, nicht-konsumtive Ausgaben* sind überdurchschnittlich angestiegen, sodass der Anteil dieser Position am Gesamtausgabevolumen kontinuierlich anwuchs. Hier schlagen vor allem Zinssteigerungen und Beitragserhöhungen der privaten Krankenversicherungen zu Buche. Zusammen mit weiteren Versicherungsbeiträgen (von Hausrat- bis Lebensversicherungen) machen die Zahlungen für private Krankenversicherungen ein Drittel der übrigen, nicht-konsumtiven Ausgaben aus. Der höchste Anteil (die reichliche Hälfte) fließt jedoch in unspezifische sonstige Übertragungen und Ausgaben. Hierzu zählen unter anderem Mitgliedsbeiträge für Vereine und Geldspenden. Insgesamt sind die Geldbeträge für nicht-konsumtive Ausgaben bezogen auf das Gesamtvolumen des ausgabefähigen Einkommens jedoch relativ gering.

Tabelle 8: Verwendung der ausgabefähigen Einkommen privater Haushalte mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Renten und Pensionen 1998, 2003, 2008

Daten: Statistisches Bundesamt. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, 2003, 2008.

	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder		
	1998	2003	2008	1998	2003	2008
je Haushalt und Monat in Euro						
Ausgabefähiges Einkommen	2.168	2.402	2.565	1.526	1.805	1.831
Private Konsumausgaben	1.825	1.990	2.148	1.348	1.549	1.609
Übrige Ausgaben	246	274	354	101	130	172
Ersparnis	97	138	63	77	126	49
Anteile am verfügbaren Einkommen in %						
Private Konsumausgaben	84,2	82,8	83,7	88,3	85,8	87,9
Übrige Ausgaben	11,3	11,4	13,8	6,6	7,2	9,4
Sparquote	4,5	5,7	2,5	5,0	7,0	2,7

Die *Sparquote* verzeichnet die größte Dynamik: 2003 gab es gegenüber 1998 einen Zuwachs, danach halbiert sie sich auf ein Niveau, das im Jahr 2008 deutlich unter dem von 1998 liegt. Das könnte eine Reaktion auf die Einkommens- und Kostenentwicklung sein. Dennoch verbrauchen ältere Menschen nicht nur ihr Ersparnis, sondern legen weiterhin regelmäßig, je nach Wirtschaftslage etwas mehr oder weniger in die Spardose.

Insgesamt lässt sich die Entwicklung der Ausgabenstrukturen von Ruhestand-Haushalten zwischen 1998 und 2008 wie folgt umreißen: Bei positiver Entwicklung der Realeinkommen wie zwischen 1998 und 2003 wird zugunsten finanzieller Rücklagen etwas weniger konsumiert. Bei sinkenden Realeinkommen und wachsenden nicht-konsumtiven Ausgaben wird weniger beim privaten Konsum sondern eher beim Sparen verzichtet.

Die bereits erwähnten regionalen Einkommensunterschiede spiegeln sich auch in der Ausgabenhöhe und -struktur: Dem niedrigeren Einkommensvolumen entsprechend beläuft sich das Ausgabevolumen für den privaten Konsum bei der ostdeutschen Ruhestand-Bevölkerung auf etwa 75 Prozent des westdeutschen Niveaus. Die Tatsache, dass

ihre Konsumquote um vier Prozentpunkte höher ist als im Westen, kann diese Differenz nicht ausgleichen.

Diese höhere Konsumquote ist möglich, weil die Ausgaben für nicht-konsumtive Zwecke zwar in beiden Regionen kontinuierlich anwachsen, im Früheren Bundesgebiet aber deutlich höher liegen. So benötigen die in den Neuen Ländern lebenden älteren Menschen in der Kategorie der nicht-konsumtiven Ausgaben nur 50 Prozent des westlichen Niveaus.

Die Sparquote fällt in beiden Teilen Deutschlands annähernd gleich aus. Allerdings erreicht der gesparte Geldbetrag im Osten nur 78 Prozent von dem im Westen Ersparten.

Das sind die Ableitungen aus Durchschnittswerten der Ruhestand-Haushalte in beiden Teilen Deutschlands. Wie bei der Analyse der Einkommen jedoch bereits gezeigt wurde, bestehen gravierende Differenzierungen in der materiellen Lage dieser Bevölkerungsschicht, die aus der sozialen Zugehörigkeit im früheren Erwerbsleben sowie aus der regionalen Zugehörigkeit der Haushalte resultieren.

Tabelle 9: Ausgaben privater Haushalte nach Renten- und Pensionsbezug 2008

Daten: Statistisches Bundesamt. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008.

	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder
	Haushalte mit überwiegendem Lebensunterhalt aus		
	Pensionen	Renten	Renten
	je Haushalt und Monat in Euro		
Private Konsumausgaben	3.272	1.951	1.598
Übrige Ausgaben	834	269	168
darunter:			
Versicherungsbeiträge	359	93	61
Zinsen für Kredite	210	97	54
Ersparnis	282	25	48
	Anteilig an allen Ausgaben in %		
Private Konsumausgaben	74,6	86,9	88,1
Übrige Ausgaben	19,0	12,0	9,2
Sparquote	6,4	1,1	2,7

Haushalte mit Alterseinkommen aus Renten und aus Pensionen im Vergleich

Zunächst einmal zeigen rentenbeziehende Haushalte in Ost- und Westdeutschland ähnliche Muster beim Vergleich der drei großen Ausgabenbereiche (Tabelle 9): Das meiste Geld fließt in den Konsum. Der Anteil hierfür liegt knapp unter 90 Prozent. Ostdeutsche können ein wenig mehr sparen wegen der relativ niedrigen nicht-konsumtiven Ausgaben. Diese sind bei pensionsbeziehenden Haushalten durch die Beiträge für die private Krankenversicherung, durch Zinszahlungen und sonstige Versicherungsbeiträge besonders hoch. Es überrascht nicht, dass diese soziale Gruppe die höchste Sparquote erreicht. Die Konsumquote ist im Vergleich zu den rentenbeziehenden Haushalten geringer, die umgesetzten Beträge heben sich jedoch deutlich ab. Die Konsumäquivalenzausgaben beliefen sich bei Pensionsempfängenden im Jahr 2008 auf durchschnittlich 2.401 Euro im Monat. Rentenempfangende im Westen konsumierten 1.631 Euro, die im Osten 1.334 Euro (alle Werte gewichtet nach modifizierter OECD-Skala).

Analog zur Einkommensarmut kann eine Quote für Konsumausgabenarmut berechnet werden (Noll & Weick, 2013). Danach werden Personen als arm bezeichnet, wenn sie mit ihren Konsumausgaben einen gewissen Schwellenwert unterschreiten. Dieser ist hier analog europäischer Gepflogenheiten auf 60 Prozent des Medians des gesamtdeutschen Vergleichswertes (= 806 Euro im Jahr 2008) festgelegt. Neun Prozent der Rentenempfängenden in Westdeutschland und zwölf Prozent im Osten steht dieser Betrag nicht zur Verfügung (Tabelle 10).

Diese Quoten veranschaulichen den starken Zusammenhang von Armutrisiken hinsichtlich Einkommen und Konsumausgaben: Die Ausgabenarmut wächst in Abhängigkeit von der Einkommensarmut und ist etwas weniger verbreitet als Einkommensarmut. Es wird vermutet, dass ältere Menschen bei finanziellen Engpässen oder bei größeren Anschaffungen stärker auf Ersparnisse und Vermögen zurückgreifen (Noll & Weick, 2007, 2013).

Tabelle 10: Einkommens- und Ausgabenarmut 2008

Daten: Statistisches Bundesamt. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008.

* Äquivalenzgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen, gesamtdeutsche Armutsschwelle: 60 % des Medians (= 1.063 Euro im Jahr 2008).

** Äquivalenzgewichtete Konsumausgaben, gesamtdeutsche Armutsschwelle: 60 % des Medians (= 806 Euro im Jahr 2008).

	Einkommensarmut*	Ausgabenarmut**
	in %	
	Früheres Bundesgebiet	
Personen insgesamt	14,6	9,0
Rentnerinnen und Rentner	16,3	9,0
Alleinlebende Rentnerinnen und Rentner	27,3	13,9
Rentnerinnen und Rentner in Paarhaushalten	11,1	6,1
	Neue Länder	
Personen insgesamt	22,8	15,9
Rentnerinnen und Rentner	18,9	11,7
Alleinlebende Rentnerinnen und Rentner	37,6	21,4
Rentnerinnen und Rentner in Paarhaushalten	9,4	6,5

Exkurs: Struktur der privaten Konsumausgaben

Die Ausgaben für den privaten Konsum bündelt die EVS in elf Bereiche (Abbildung 5): Mit einem reichlichen Drittel verwenden die Haushalte am meisten für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung, gefolgt von Ausgaben für Ernährung und für Freizeit. Kosten für den Kauf und die Nutzung von Fahrzeugen sowie für Verkehrsdienstleistungen stehen bei älteren Menschen an vierter Stelle. Insgesamt entfällt etwas mehr als die Hälfte aller Ausgaben auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse Wohnen, Ernährung und Bekleidung.

An diesem Verbrauchsverhalten hat sich in den letzten zehn Jahren relativ wenig geändert: Für neue materielle Güter (Ausstattungsgegenstände, Bekleidung) wurde etwas weniger ausgegeben. Diese Einsparungen flossen in Waren und Dienstleistungen für die Gesundheitspflege und in Verkehrsausgaben, in den Neuen Ländern auch in Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur (inklusive

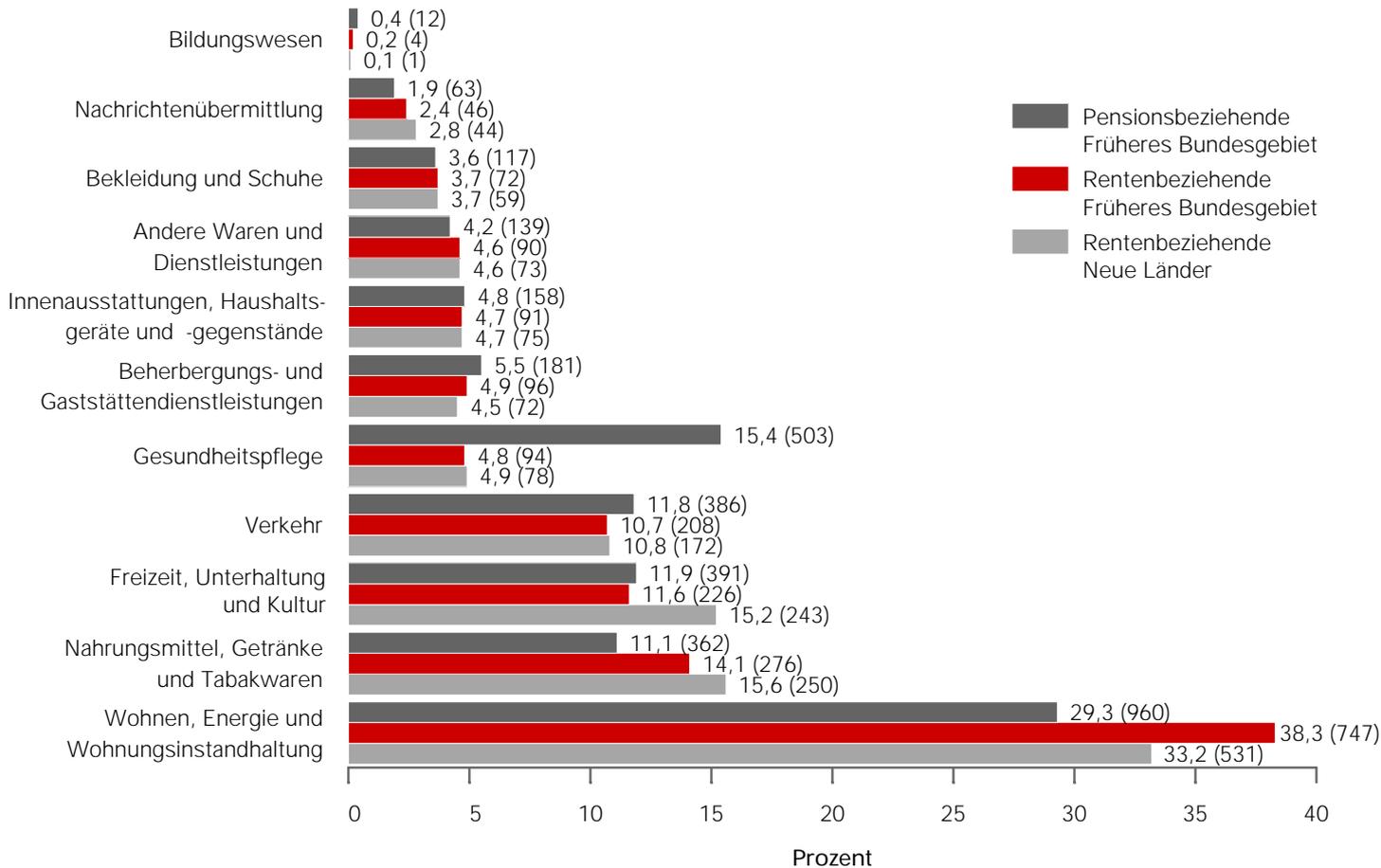
Pauschalreisen) sowie für Essen und Übernachtung außer Haus.

Insgesamt ist das Budget für den privaten Konsum bei den drei betrachteten sozialen Gruppen ähnlich aufgeteilt. Doch auch im Konsumverhalten zeigen sich einige Besonderheiten:

Auffallend ist der hohe Anteil der Wohnkosten bei rentenempfangenden Haushalten im Früheren Bundesgebiet mit großer Differenz zu den Haushalten mit Pensionsbezug. Es ist zu beachten, dass in diesen Daten neben den tatsächlichen auch fiktive Mietzahlungen für selbstgenutztes Wohneigentum enthalten sind. Hierbei wird deren Nettowert berücksichtigt. Das heißt, Aufwendungen für die Instandhaltung des selbstgenutzten Wohneigentums werden vom errechneten Eigentümermietwert abgezogen. Haushalte mit Pensionsbezug wohnen zu 71 Prozent im Eigentum, bei den rentenempfangenden Haushalten in Westdeutschland sind es 50 Prozent, in den Neuen Ländern nur 27 Prozent. Letztere zahlen für das Wohnen wegen

Abbildung 5: Struktur der Konsumausgaben privater Haushalte nach Renten- und Pensionsbezug 2008
Anteile in %. Geklammerte Werte: Ausgaben je Haushalt und Monat in Euro.

Daten: Statistisches Bundesamt. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008.



geringerer Mieten nur knapp 70 Prozent vom westdeutschen Vergleichswert.

Der Anteil für den Kauf von Nahrungsmitteln setzt sich bei den Haushalten mit Rentenbezug ein wenig von jenen mit Pensionsbezug ab. Dennoch ist das Ausgabevolumen bei Letztgenannten mit 362 Euro je Haushalt und Monat etwa 100 Euro höher als bei den Rentnerinnen und Rentnern.

Bemerkenswert ist der relativ hohe Ausgabenanteil für Freizeit und Kultur bei ostdeutschen Haushalten von Rentnerinnen und Rentnern. Auch das Ausgabevolumen erreicht hier recht hohe Werte: Es ist etwa sieben Prozent größer als das der westdeutschen Vergleichsgruppe, vor allem wegen der Ausgaben für Pauschalreisen. In den anderen Konsumbereichen ist das Ausgabevolumen wegen des niedrigeren Einkommensniveaus stets geringer als im Westen.

Schließlich sei noch auf das spezifische Volumen bei Gesundheitsausgaben durch die pensionierte ältere Bevölkerung Westdeutschlands verwiesen. Diese sind in der Regel privat krankenversichert und treten bei versicherungsrelevanten Leistungen in Vorkasse.

Die relativ große Varianz, die bei Einkommen von Rentenempfangenden in Westdeutschland gemessen wurde, ist bei den Konsumausgaben weniger ausgeprägt (S80/20-Rate). Das heißt, der Abstand zwischen den höchsten und den niedrigsten Konsumausgaben ist geringer als bei den Einkommen. Insgesamt variieren die Konsumausgaben bei allen privaten Haushalten deutlich weniger als die Einkommen und in Ostdeutschland auf einem insgesamt niedrigeren Niveau als in Westdeutschland.

Paarhaushalte und Alleinlebende in Einpersonenhaushalten im Vergleich

Die Ausgabenstruktur unterscheidet sich nur geringfügig zwischen beiden Haushaltstypen (Tabelle 11): Alleinlebende geben einen etwas größeren Anteil ihres Einkommens für den privaten Konsum aus, sparen dagegen weniger als Paarhaushalte.

Alleinlebende Rentnerinnen und Rentner Ostdeutschlands verfügen über das kleinste ausgabenfähige Budget und tragen das höchste Armutsrisiko nicht nur bei den Einkommen sondern auch hinsichtlich der Konsumaus-

Tabelle 11: Ausgaben privater Haushalte mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Renten nach Haushaltstyp 2008

Daten: Statistisches Bundesamt. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008.

* für Paarhaushalte gewichtet nach modifizierter OECD-Skala

	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder	
	Alleinlebende	Paare ohne Kinder	Alleinlebende	Paare ohne Kinder
je Haushalt und Monat in Euro*				
Private Konsumausgaben	1.434	1.636	1.159	1.369
Übrige Ausgaben	176	239	112	147
Ersparnis	7	13	18	51
Anteilig an allen Ausgaben in %				
Private Konsumausgaben	88,6	86,6	89,9	87,4
Übrige Ausgaben	10,9	12,7	8,7	9,4
Sparquote	0,4	0,7	1,4	3,2

gaben: Jeder Fünfte von ihnen kann nur weniger als 60 Prozent des gesamtdeutschen Medians – das sind im Jahr 2008 monatlich 806 Euro – für konsumtive Bedürfnisse ausgeben. Von den alleinlebenden Rentenbeziehenden in Westdeutschland ist jede beziehungsweise jeder Siebte betroffen. Für ältere Paarhaushalte ist das Risiko, von Konsumausgabenarmut betroffen zu sein, deutlich geringer: es liegt in beiden Regionen Deutschlands bei sechs Prozent (Tabelle 10).

Erfüllung von Bedürfnissen

Die mit der EVS erfassten Verbrauchsstrukturen spiegeln das Konsumverhalten der Bevölkerung. Sie geben Auskunft darüber, wohin das Geld fließt. Inwieweit dieses Verhalten tatsächlich die Bedürfnisse der Menschen befriedigt, können sie nicht spiegeln. Darüber kann der Deutsche Alterssurvey informieren. Er befragt ältere Menschen, ob sie genug Geld haben, sich ihre Bedürfnisse erfüllen zu können.

Die Antworten ausgewählter Gruppen belegen die Tatsache, dass hohe Einkommen überwiegend und fast völlig eine Deckung eigener Bedarfe ermöglichen: Nahezu 80 Prozent der Personen aus Haushalten mit Pensionsbezügen sind in dieser Situation (Abbildung 6). Am wenigsten möglich ist die Deckung der eigenen Bedarfe für Rentnerinnen und Rentner in den Neuen Ländern. Personen, die in Paarhaushalten leben, bewerten die Situation etwas günstiger als Alleinlebende.

Verwendung eines fiktiven Geldbetrages

Die Höhe des verfügbaren Einkommens spielt zweifellos eine bedeutende Rolle für den individuellen Konsum. Entscheidungen über die Verwendung des ausgabefähigen Einkommens werden allerdings auch im Kontext persönlicher Wertorientierungen, Interessen und Bedürfnisse getroffen.

Um Informationen darüber zu erhalten, fragte der DEAS ältere Personen, wie sie einen Geldbetrag verwenden würden, den sie un-

Abbildung 6: Bewertung der Bedarfsdeckung durch die Bevölkerung im Ruhestand 2008

Quelle: DEAS 2008 (n = 867), gerundete Angaben, gewichtet.

Frage: Haben Sie genug Geld, um Ihre Bedürfnisse erfüllen zu können? p<0.001. Anteile in %

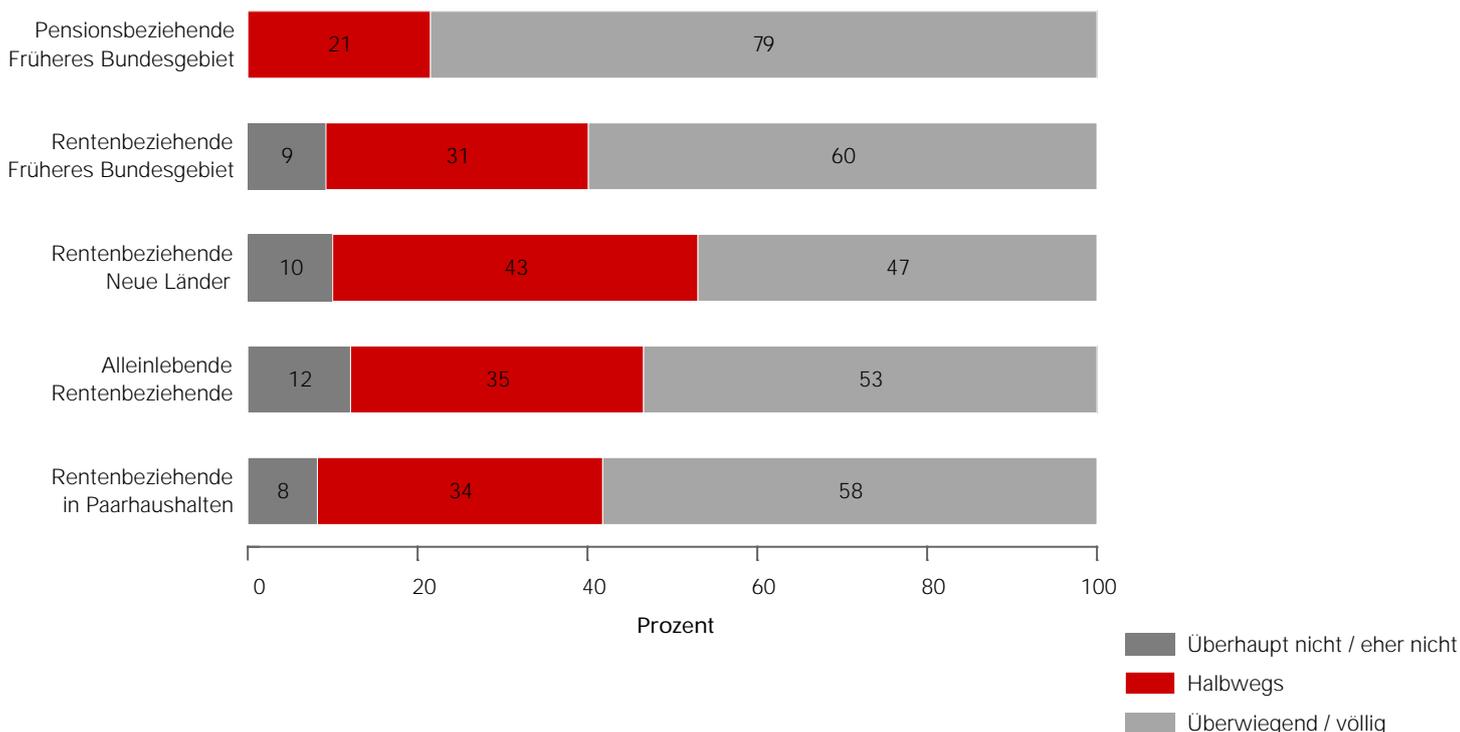
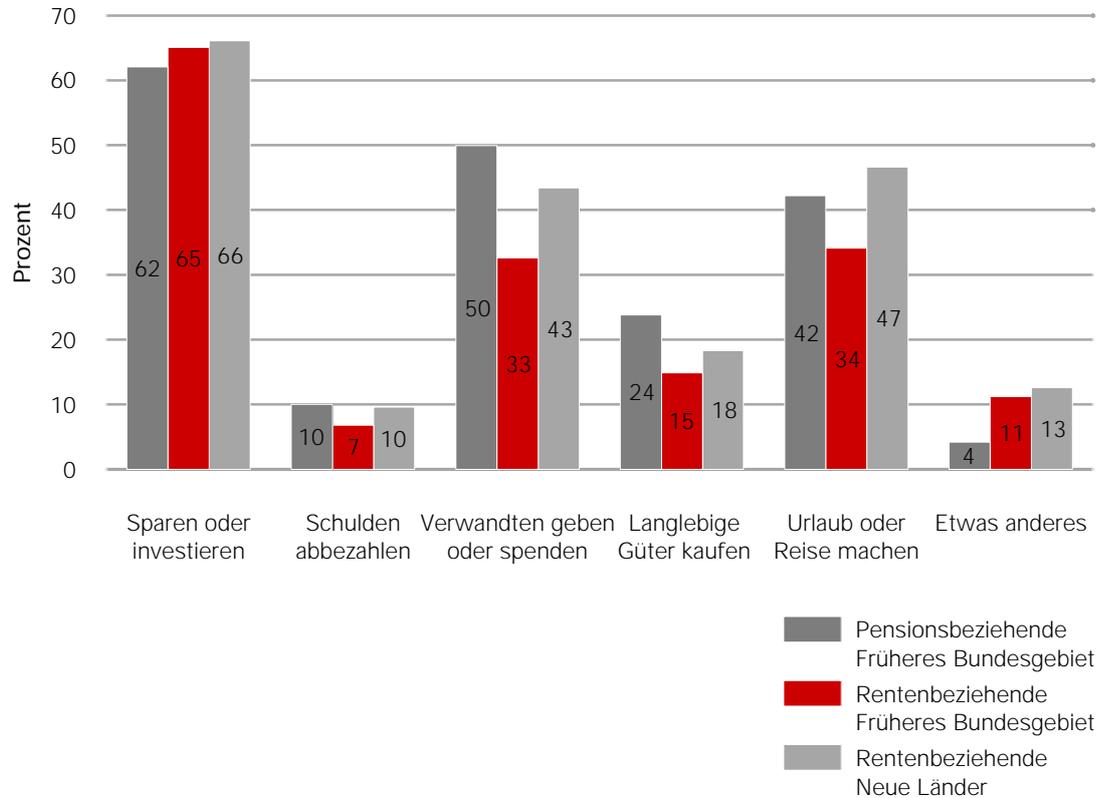


Abbildung 7: Verwendung eines fiktiven Geldbetrages durch die Bevölkerung im Ruhestand 2008

Quelle: DEAS 2008 (n = 881), gerundete Angaben, gewichtet.

Frage: Stellen Sie sich vor, Sie bekommen unerwartet 12.000 Euro geschenkt. Wofür würden Sie dieses Geld verwenden? $p < 0.001$. Nennungen in % (Mehrfachnennungen möglich)



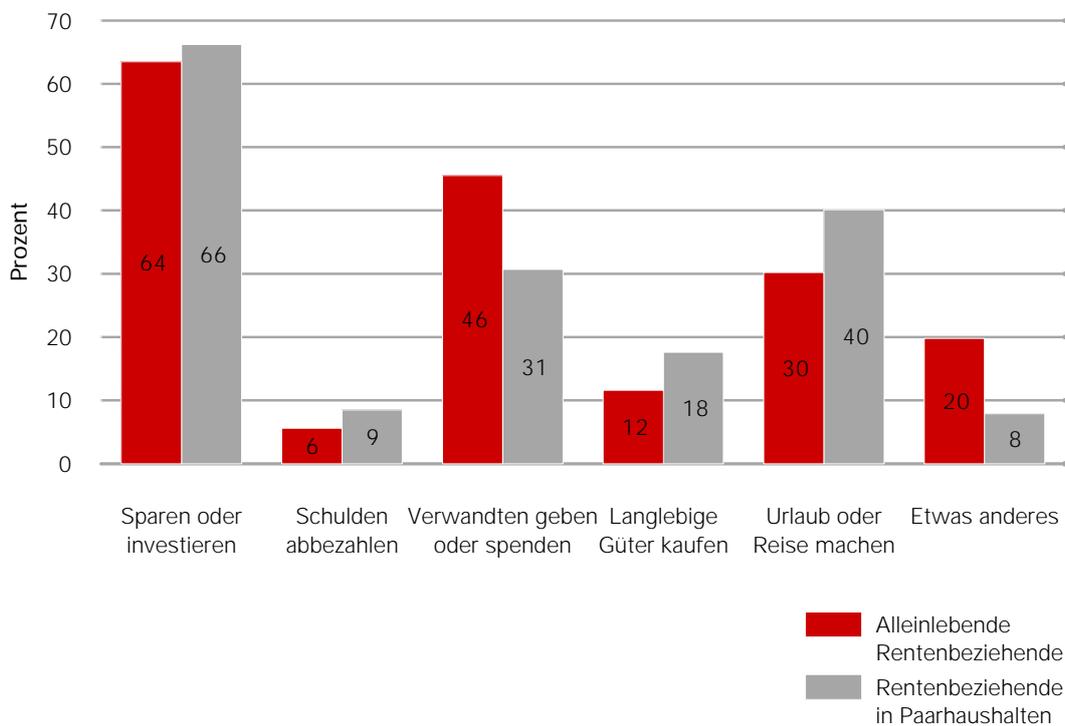
erwartet geschenkt bekämen (Abbildung 7). Die Antworten überraschen ein wenig: Fast zwei Drittel der bereits im Ruhestand befindlichen Personen würden diesen Betrag ganz oder teilweise sparen oder investieren. Diese Präferenz ist bei Personen in Ruhestand-Haushalten ziemlich gleich und scheinbar unabhängig von der tatsächlichen Einkommenslage zu beobachten. Dieses Ergebnis widerspricht der ökonomischen Theorie, wonach Personen vor allem in jenen Jahren sparen, in denen die Einkünfte höher sind (also beispielsweise in Zeiten der Erwerbstätigkeit), um in einkommensschwachen, weniger sparintensiven Zeiten (z. B. im Ruhestand) den Konsum stabil halten zu können (Rubin & Nieswiadomy, 1995). Eine mögliche Erklärung für die im DEAS quantifizierte hohe Sparpräferenz könnte sein, dass ältere Menschen insbesondere für jene unerwarteten Fälle des Lebens abgesichert sein wollen, die mit hohen Kosten verbunden sind, wie es zum Beispiel bei einer Pflegebedürftigkeit der Fall wäre.

Große Unterschiede gibt es bei der Präferenz, das Geld zu spenden oder an Verwandte zu geben. Die hohe Nennung dieser Option überrascht vor allem bei Alleinlebenden (Abbildung 8). Weniger spendierfreudig sind ostdeutsche Haushalte mit Rentenbezug, die aber auch in diesen Daten mit ihrer großen Reiselust auffallen.

Abbildung 8: Verwendung eines fiktiven Geldbetrages durch die Bevölkerung im Ruhestand nach Haushaltstyp 2008

Quelle: DEAS 2008 (n = 881), gerundete Angaben, gewichtet.

Frage: Stellen Sie sich vor, Sie bekommen unerwartet 12.000 Euro geschenkt. Wofür würden Sie dieses Geld verwenden? p<0.001. Nennungen in % (Mehrfachnennungen möglich)



Zusammenfassung

Die auf eine Gesamtheit von zirka 12 Millionen hochgerechneten im Ruhestand befindlichen Haushalte in Deutschland hatten im Jahr 2008 ein durchschnittliches monatliches Haushaltsnettoeinkommen von 2.385 Euro. Davon verblieben 93 Prozent als ausgabefähiges Einkommen.

Die Analyse der personenbezogenen Äquivalenzeinkommen zeigt, dass die höchsten Einkommen von Personen mit Pensionsbezügen erzielt werden. Die Hälfte von ihnen hat ein monatliches Äquivalenzeinkommen von mehr als 2.893 Euro (Median). Die Differenz der Alterseinkommen ist zwischen Pensions- und Rentenbeziehenden in Westdeutschland wesentlich größer als zwischen den Rentenbeziehenden beider Teile Deutschlands. Die Pensionseinkommen sind doppelt so hoch wie die Altersbezüge in den Neuen Ländern. Hier hat die Hälfte der Ruhestand-Bevölkerung monatlich weniger als 1.449 Euro (Median).

Die Alterseinkommen von Haushalten der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner erreichen nur 71 Prozent der vergleichbaren Einkommen in Westdeutschland, obwohl die monatlichen Rentenzahlbeträge der GRV in Ostdeutschland höher sind als im Westen. Die Erklärung für diesen scheinbaren Widerspruch liegt darin, dass die Ruhestand-Bevölkerung Westdeutschlands auf weitaus mehr Einkommensquellen zurückgreifen kann als nur auf die Rentenbezüge. Hier zahlt sich insbesondere die betriebliche und die private Altersvorsorge aus. Für ostdeutsche Rentnerinnen und Rentnern ist die Rente der GRV die vorrangigste Einkommensquelle.

Auf Grund langer und kontinuierlicher Erwerbsbiografien in der DDR beziehen gegenwärtig noch zwei Drittel der Ruhestand-Bevölkerung der Neuen Länder eine vergleichsweise gute GRV-Rente. Wegen der schmalen Basis für

Altersbezüge insgesamt ist das Risiko für Altersarmut für Rentnerinnen und Rentner im Osten, insbesondere für Alleinlebende, jedoch am höchsten. Es wird weiter ansteigen, da nunmehr Generationen mit zunehmend diskontinuierlichen Erwerbsverläufen und prekären Beschäftigungsverhältnissen in den Ruhestand übergehen. Hinzu kommen negative Effekte der Rentenreformen. Die momentan noch relativ homogenen Alters-einkünfte werden sich ausdifferenzieren (Simonson et al., 2012).

Zwischen 80 und 90 Prozent der ausgabefähigen Einkommen fließen in den privaten Konsum. Hiervon wird mehr als die Hälfte für die Grundbedürfnisse Wohnen, Ernährung und Bekleidung ausgegeben.

Die Konsumausgabenarmut ist dort am höchsten, wo die höchste Einkommensarmut gemessen wird, also bei den ostdeutschen Rentnerinnen und Rentnern, vor allem bei den alleinlebenden. Jedoch ist das Ausmaß der Armut beim Konsum etwas geringer als beim Einkommen.

Die ältere Bevölkerung ist um so zufriedener mit ihrer Lebenssituation, je besser ihre materielle Situation ist. Ihnen gemeinsam ist ein starkes Bedürfnis, Geld zu sparen.

Literatur

- Bönke, T., Schröder, C. & Schulte, K. (2011). Zur Entwicklung der Einkommensverteilung unter älteren Menschen in Deutschland seit der Wiedervereinigung. In K. Brenke & K. F. Zimmermann (Hrsg.), *Die Zukunft der Alterssicherung. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*. Heft 80(02), S. 81–99. Berlin: DIW.
- Brück, T. & Peters, H. (2010). Persönliches Einkommen in Ostdeutschland um ein Fünftel niedriger als im Westen. *Wochenbericht des DIW*. 44(77), S. 14–20. Berlin: DIW.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2012). *Alterssicherung in Deutschland (ASID)* www.alterssicherung-in-deutschland.de/ (21.12.2012).
- Deckl, S. (2011). Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung. In Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin & Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), *Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*, Bd. I, S. 151–161. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.). (2009a). *Statistik der Deutschen Rentenversicherung. Rentenzugang 2008*, Bd. 173. Würzburg.
- Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.). (2009b). *Rentenversicherung in Zeitreihen, DRV-Schriften*, Bd. 22. Würzburg.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. (2012). *Sozio-ökonomisches Panel*. www.diw.de/soep (21.12.2012).
- Deutsches Zentrum für Altersfragen. (2012). *Deutscher Alterssurvey: Die zweite Lebenshälfte*. www.dza.de/forschung/deas.html (21.12.2012).
- Geyer, J. & Steiner, V. (2010). Künftige Altersrenten in Deutschland: Relative Stabilität im Westen, starker Rückgang im Osten. *DIW Wochenbericht*, 77(11), S. 2–11. Berlin: DIW.
- Goebel, J. & Grabka, M. M. (2011). Entwicklung der Altersarmut in Deutschland. In K. Brenke & K. F. Zimmermann (Hrsg.), *Die Zukunft der Alterssicherung. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*. Heft 80(02), S. 101–118. Berlin: DIW.
- Goebel, J., Habich, R. & Krause, P. (2011). Einkommen – Verteilung, Angleichung, Armut und Dynamik. In Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin & Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), *Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*, Bd. I, S. 162–172. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Motel-Klingebiel, A., Wurm, S., Huxhold, O. & Tesch-Römer, C. (2010). Wandel von Lebensqualität und Ungleichheit in der zweiten Lebenshälfte. In A. Motel-Klingebiel, S. Wurm & C. Tesch-Römer (Hrsg.), *Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys (DEAS)*, S. 15–33. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.
- Noll, H.-H. & Weick, S. (2007). Einkommensarmut und Konsumarmut – unterschiedliche Perspektiven und Diagnosen. *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI)* 37, S. 1–6.
- Noll, H.-H. & Weick, S. (2011). Wiederkehr der Altersarmut in Deutschland? Empirische Analysen zu Einkommen und Lebensstandard im Rentenalter. In L. Leisering (Hrsg.), *Die Alten der Welt*, S. 45–76. Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Noll, H.-H. & Weick, S. (2012). Altersarmut: Tendenz steigend. *Analysen zu Lebensstandard und Armut im Alter*. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 47, S. 1–7.
- Noll, H.-H. & Weick, S. (2013). Materieller Lebensstandard und Armut im Alter. In C. Vogel & A. Motel-Klingebiel (Hrsg.), *Altern im Sozialen Wandel. Die Rückkehr der Altersarmut?*, S. 113–138. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rubin, R. M. & Nieswiadomy, M. L. (1995). Economic adjustments of households on entry into retirement. *The Journal of Applied Gerontology*, 14(4), S. 467–482.
- Simonson, J., Kelle, N., Romeu Gordo, L., Grabka, M. M., Rasner, A. & Westermeier, C. (2012). Ostdeutsche Männer um 50 müssen mit geringeren Renten rechnen. *DIW Wochenbericht*, 79(23), S. 3–13. Berlin: DIW.
- Statistisches Bundesamt. (2012a). *Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)* www.destatis.de/DE/Meta/AbisZ/Einkommens_Verbrauchsstichprobe.html (21.12.2012). www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Begriffserlaeuterungen/Haushaltsbruttoeinkommen_EVS_LWR.html (21.12.2012).
- Statistisches Bundesamt. (2012b). „Leben in Europa“ Europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/LebensbedingungenArmutsgefahrdung/Lebensbedingungen-Armutsgefahrdung.html (21.12.2012).
- Statistisches Bundesamt. (2012c). *Mikrozensus* www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Mikrozensus.html (21.12.2012).
- Trischler, F. & Kistler, E. (2011). *Erwerbsverläufe und Alterseinkünfte im Paar- und Haushaltskontext*. SOEPpapers. Heft 429. Berlin: DIW.
- Vogel, C. & Motel-Klingebiel, A. (Hrsg.). (2013). *Altern im Sozialen Wandel. Die Rückkehr der Altersarmut?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Glossar

Armutsquote

Sie wird aus dem Vergleich individueller Nettoäquivalenzeinkommen mit einem festgelegten Referenzwert abgeleitet. Analog europäischer Gepflogenheiten wurde dieser hier auf 60 Prozent des Medians vom gesamtdeutschen Nettoäquivalenzeinkommen festgelegt. Die Armutsquote kann für Einkommen wie auch für Ausgaben berechnet werden. Personen gelten dann als armutsgefährdet, wenn ihr Einkommen bzw. ihre Ausgaben unterhalb des berechneten Referenzwertes liegen (Deckl, 2011).

ASID

Alterssicherung in Deutschland (Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2012).

DEAS

Deutscher Alterssurvey: Die zweite Lebenshälfte (Deutsches Zentrum für Altersfragen, 2012), siehe Infobox, S.4.

EU-SILC

„Leben in Europa“ Europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (Statistisches Bundesamt, 2012b).

EVS

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (Statistisches Bundesamt, 2012a), siehe Infobox, S.5.

Einkommensarmutsquote

Das ist der Anteil jener Personen an der Gesamtbevölkerung, deren Median des Nettoäquivalenzeinkommens den gesamtdeutschen Median des Nettoäquivalenzeinkommens in einem festgelegten Schwellenwert (hier: 60 %) unterschreitet.

GRV

Gesetzliche Rentenversicherung (www.deutsche-rentenversicherung.de)

Konsumausgabenarmutsquote

Analog der Einkommensarmutsquote kann eine Quote für Konsumausgabenarmut berechnet werden.

Es ist der Anteil jener Personen an der Gesamtbevölkerung, deren Median der Konsumäquivalenzausgaben den gesamtdeutschen Median der Konsumäquivalenzausgaben in einem festgelegten Schwellenwert (hier: 60 %) unterschreitet.

Median

In einer nach der Größe geordneten Datenreihe ist es jener Wert, der die Mitte der Reihe beschreibt. Er wird auch als Zentralwert bezeichnet und beschreibt wegen seiner Robustheit gegenüber Extremwerten die Verteilung besser als der Mittelwert. Der Median von Einkommensgrößen markiert jenen Wert, bei dem das Einkommen der Hälfte der Personen darüber bzw. darunter liegt.

Mikrozensus

Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt in Deutschland. Er liefert Informationen über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, der Familien, Lebensgemeinschaften und Haushalte, die Erwerbstätigkeit, Arbeitsuche, Aus- und Weiterbildung, Wohnverhältnisse und Gesundheit (Statistisches Bundesamt, 2012c).

Nettoäquivalenzeinkommen

Das Nettoäquivalenzeinkommen wird aus dem Haushaltsnettoeinkommen berechnet, um Struktureffekte auszuschalten, die sich aus der Haushaltsgröße ergeben. Das erfolgt hier anhand der modifizierten OECD-Skala. Danach wird dem Haupteinkommensbezieher der Wert 1 zugeordnet, jedem weiteren erwachsenen Haushaltsmitglied (ab 14 Jahren) der Wert 0,5. Personen unter 14 Jahren

erhalten den Wert 0,3. Diese Werte aller Haushaltsmitglieder werden zur Äquivalenzgröße des jeweiligen Haushaltes addiert. Schließlich wird das Haushaltsnettoeinkommen durch diese Äquivalenzgröße dividiert. Da die Ruhestand-Bevölkerung überwiegend in Ein- und Zweipersonenhaushalten lebt, werden die Einkommen der Zweipersonenhaushalte durch 1,5 dividiert. Für Einpersonenhaushalte ist keine Gewichtung erforderlich.

Regionen

Früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin-West

Neue Länder einschließlich Berlin-Ost

relative Einkommensposition

Sie dient dem Vergleich von Einkommensverhältnissen verschiedener Bevölkerungsgruppen. Es ist der Anteil des Medians vom Nettoäquivalenzeinkommen einer Gruppe am Median vom Nettoäquivalenzeinkommen der Gesamtheit, zu der die relative Position berechnet werden soll (Noll, 2012, 2013).

Rentenniveau

Verhältnis des individuellen Rentenzahlungsbetrages zum durchschnittlichen Bruttoentgelt aller Beschäftigten.

SOEP

Sozio-ökonomisches Panel (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 2012).

Statistische Differenzen

Diese sind auf Grund von Rundungen möglich.

S80/S20-Rate

Die Rate beschreibt den Einkommensabstand zwischen dem oberen und dem unteren Rand der Einkommensverteilung: Nettoäquivalenzeinkommen im obersten (80 %-) Quintil im Verhältnis zum Nettoäquivalenzeinkommen im untersten (20 %-) Quintil der Einkommensverteilung.

Vermögen

Die EVS erfasst Geld- und Sachvermögen zu Geldvermögensbeständen, Konsumenten- und Ausbildungskrediten, Haus- und Grundbesitz sowie zu Guthaben bei Lebensversicherungen privater Haushalte.

Impressum

Elke Hoffmann, Laura Romeu Gordo (2013).
Haushaltsbudgets der Bevölkerung im
Ruhestand.
Report Altersdaten 1/2013. Deutsches
Zentrum für Altersfragen: Berlin.

Erschienen im Januar 2013.

Grafiken und redaktionelle Bearbeitung:
Stefanie Hartmann (Deutsches Zentrum
für Altersfragen, Berlin)

Gestaltung und Satz:
Mathias Knigge (grauwert, Hamburg)

Der Report Altersdaten ist ein Produkt der
Wissenschaftlichen Informationssysteme
im Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA),
Berlin. Das DZA wird gefördert durch das
Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend.

DZA | Deutsches Zentrum
für Altersfragen

Statistisches Informationssystem GeroStat

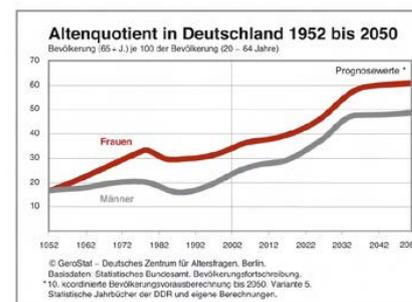
Daten zu demographischen und
sozialen Fragen des Alter(n)s
www.gerostat.de

einfach, schnell, aktuell und kostenfrei

mit statistischen Fakten wie

- demographische Altersmaße · Übergang in den Ruhestand · Bevölkerungsprognosen
- Pflegebedürftigkeit · Lebenserwartung
- Einkommen im Alter · Haushaltsstrukturen
- Gesundheitszustand · soziale Sicherung u. a.

Reports mit Grafiken

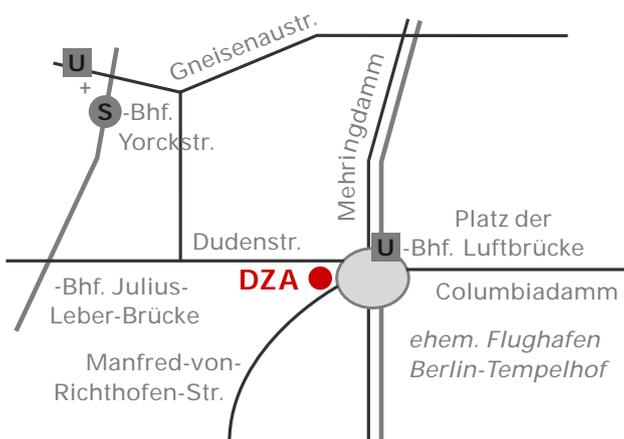


gefördert durch das Bundesministerium für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Deutsches Zentrum für Altersfragen
Manfred-von-Richthofen-Str. 2
12101 Berlin
www.dza.de

mailto:vonerot.de

Kontakt Elke Hoffmann
Sonja Nowossadeck
Telefon +49(0)30.260740-71/-63
E-Mail über www.gerostat.de



Deutsches Zentrum
für Altersfragen
German Centre
of Gerontology

Manfred-von-
Richthofen-Straße 2
12101 Berlin

Tel. +49-30-260 740-0
Fax +49-30-785 43 50
www.dza.de
dza@dza.de